

**Protokoll der Pressekonferenz
im Anschluss an die Zentralbankratssitzung
der Deutschen Bundesbank
am 6. April 2000
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zur heutigen Pressekonferenz im Anschluss an die Zentralbankratssitzung, in der wir den Jahresabschluss 1999 festgestellt haben.

Heute nehmen zwei Direktoriumsmitglieder letztmalig an einer Pressekonferenz des Zentralbankrates teil. Herr Schieber und Herr Hartmann scheidern am 15. Juni aus dem Direktorium der Deutschen Bundesbank aus. Herr Hartmann geht endgültig in den Ruhestand, und Herr Schieber hat die große Chance, Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg zu werden. Nach der heute Morgen erfolgten Anhörung des Zentralbankrates, die in solchen Fällen erforderlich ist, steht seine Wahl morgen auf der Tagesordnung des Bundesrates. Die entsprechenden Würdigungen sparen wir uns aber für einen späteren Zeitpunkt auf.

Die Vorlage des ersten Jahresabschlusses in Euro zum 31. Dezember 1999 markiert jetzt auch im Jahresabschluss der Bundesbank den zum 1. Januar 1999 vollzogenen Übergang zur Europäischen Währungsunion. Der Abschluss erfolgt erstmals nach den neuen ESZB-einheitlichen Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Zentralbankrat hat heute in seiner 1035. Sitzung den Abschluss der Bundesbank für das Jahr 1999 mit einem Jahresüberschuss von 3,9 Mrd Euro festgestellt.

Dieser Betrag wird in voller Höhe an den Bund abgeführt. Die Gutschrift auf dem Konto des Bundes ist bereits erfolgt.

Nach der gesetzlichen Regelung werden davon rund 3,6 Mrd Euro, dies entspricht 7 Mrd DM, zur Finanzierung des Bundeshaushaltes und der Rest zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Der Gewinn ist im Vergleich zum Vorjahr von 8,3 Mrd Euro um 4,4 Mrd Euro auf 3,9 Mrd Euro zurückgegangen. Dies beruht im Wesentlichen auf drei Faktoren: Für das Vorjahr, den Abschluss 1998, ist als Sonderfaktor die Ausschüttung von Rücklagen in Höhe von 1,8 Mrd Euro anzuführen, die auf der Neuordnung des Eigenkapitals beruhte. Zweitens: Der Netto-Zinsertrag ist im Vergleich zum Vorjahr von 6,8 Mrd Euro auf 5,0 Mrd Euro zurückgegangen. Und drittens: Das Netto-Ergebnis aus den Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapierpositionen unter Berücksichtigung der hierfür gebildeten Rückstellungen reduzierte sich von 1,0 Mrd Euro auf 0,1 Mrd Euro.

Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn sind die Zinserträge. Sie betragen 6,2 Mrd Euro. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mrd Euro verringert. Ausschlaggebend hierfür war der Rückgang der Zinserträge in Fremdwährung von 3,7 Mrd Euro auf 2,7 Mrd Euro. Diese Verringerung resultiert vor allen Dingen aus dem Rückgang des US-Dollar-Bestandes auf Grund der Übertragung von Währungsreserven an die Europäische Zentralbank. Die Zinserträge in Euro haben sich demgegenüber nur geringfügig um 0,1 Mrd Euro erhöht.

Auf der anderen Seite entstehen der Bank Zinsaufwendungen, die gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 0,9 Mrd Euro auf 1,2 Mrd Euro gestiegen

sind. Dies ist in erster Linie auf den in 1999 erstmals entstandenen Aufwand aus der Verzinsung der Mindestreserveguthaben in Höhe von 0,8 Mrd Euro zurückzuführen.

Das Jahresergebnis wird auch von Gewinnen bzw. Verlusten in den Fremdwährungs- und Wertpapierpositionen beeinflusst. Die Ergebnisse aus den Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapierpositionen werden unter Berücksichtigung der hierfür gebildeten Rückstellungen in einer gesonderten Gewinn-und-Verlust-Position zusammen erfasst. Das Netto-Ergebnis beträgt insgesamt, wie ich bereits erwähnt habe, 0,1 Mrd Euro.

Diese Position in der Gewinn- und Verlust-Rechnung setzt sich aus drei Unterpositionen zusammen.

Erstens: In der ersten Unterposition werden die realisierten Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Gold, Fremdwährungen und Wertpapieren erfasst. Von dem Gesamtbetrag von 3,2 Mrd Euro entfallen 2,0 Mrd Euro auf realisierte Gewinne aus den Anfang Januar 1999 an die EZB übertragenen Währungsreserven und 0,7 Mrd Euro auf realisierte Gewinne aus der Auflösung des zum 1. Januar 1999 gebildeten Neubewertungspostens „alt“ für Wertpapiere.

Zweitens: In der Unterposition „Abschreibungen auf Gold, Fremdwährungen und Wertpapiere“ werden Bewertungsverluste erfasst. In 1999 sind fast ausschließlich bei den Wertpapieren in US-Dollar auf Grund des gegenüber Anfang 1999 gestiegenen Zinsniveaus Bewertungsverluste in Höhe von 1,1 Mrd Euro angefallen.

Die weitere Unterposition „Zuführung zu Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken“ enthält insbesondere die Dotierung der Rückstellung für einen etwaigen Forderungsverzicht der Bundesbank gegenüber der EZB aus den Anfang Januar 1999 übertragenen Währungsreserven. Die am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken über-

nehmen gegenüber der EZB das Verlustrisiko aus den übertragenen Währungsreserven bis zu einer Höhe von 20 % des Euro-Gegenwerts zum Zeitpunkt der Übertragung. Hieraus ergibt sich für die Bundesbank ein Betrag von maximal 2,4 Mrd Euro, also 20 % des übertragenen Wertes. Als Vorsorgemaßnahme für diesen etwaigen Forderungsverzicht wird in diesem Jahresabschluss eine Rückstellung in Höhe von 2,0 Mrd Euro gebildet, die dem bei der Übertragung der Währungsreserven an die EZB realisierten Gewinn entspricht. Die Übernahme des Verlustrisikos ist bis 2001 begrenzt. Erst danach kann festgestellt werden, welcher Gewinn aus den übertragenen Währungsreserven tatsächlich realisiert worden ist. Der Forderungsverzicht beschränkt sich auf nicht gedeckte unrealisierte Wechselkursverluste bzw. auf Goldpreisverluste. Im Jahr 1999 sind keine derartigen Verluste angefallen.

Als Neuerung in der GuV-Rechnung möchte ich auf den Ausweis des Netto-Ergebnisses aus monetären Einkünften hinweisen, der einen Aufwand von 72 Mio Euro ergibt. In dieser Position wird das Ergebnis der Verteilung der monetären Einkünfte unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgewiesen. Für das Jahr 1999 ergibt sich als Besonderheit, dass dieser Betrag auch den Anteil der Bundesbank an der Deckung des EZB-Verlusts aus 1999 einschließt. Die Bilanz der EZB wird, wenn ich richtig informiert bin, nächste Woche der Öffentlichkeit vorgestellt.

Hinsichtlich Bilanzrelationen und Bilanzzusammenhängen unterscheidet sich die Bundesbankbilanz wesentlich von anderen Bankbilanzen: Sie ist vor allem ein Spiegelbild der geld- und währungspolitischen Aktivitäten.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Euro-Eröffnungsbilanz um 27,4 Mrd Euro auf 242,1 Mrd Euro erhöht. Dieser Erhöhung liegen vorwiegend folgende Zusammenhänge zu Grunde:

Auf der Aktivseite werden erstmalig Forderungen aus der Abwicklung von TARGET-Zahlungen ausgewiesen. So ergeben sich gegenüber den vier

nicht am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken Verrechnungsforderungen in Höhe von 9,1 Mrd Euro. Gegenüber den Zentralbanken des Eurosystems werden Verrechnungsforderungen von 26,3 Mrd Euro ausgewiesen. Mit der Entstehung dieser Forderungen ist spiegelbildlich ein Liquiditätszufluss bei den Einlagen aus dem Finanzsektor verbunden gewesen.

Folgerichtig ist auf der Aktivseite als weitere größere Veränderung eine Verringerung der Refinanzierung an den Finanzsektor festzustellen.

Unter den Passivpositionen ist als höchste Abweichung gegenüber der Euro-Eröffnungsbilanz die Erhöhung der Einlagen des Finanzsektors um 12,6 Mrd Euro hervorzuheben. Daneben hat sich der Banknotenumlauf um 9,5 Mrd Euro erhöht. Dieser relativ hohe Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Sondersituation zum Jahrtausendwechsel zurückzuführen.

Nach den neuen ESZB-einheitlichen Rechnungslegungsgrundsätzen der Bundesbank werden Aktiva und Passiva, die Marktpreisschwankungen unterliegen, zu Marktpreisen bewertet.

Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen.

Unrealisierte Gewinne zum Jahresende ergeben sich insbesondere bei den Gold-, Sonderziehungsrechten- und US-Dollar-Beständen. Die Gesamtsumme dieser unrealisierten Gewinne beträgt 35,0 Mrd Euro und setzt sich wie folgt zusammen: 24,1 Mrd Euro Gold, 10,0 Mrd Euro US-Dollar und 0,9 Mrd Euro Sonderziehungsrechte.

Die Bewertungsgewinne stehen nicht zur Ausschüttung, sondern nur zum Ausgleich von künftigen Bewertungsverlusten zur Verfügung. Daneben ist

eine Auflösung nur bei Abgängen der entsprechenden Aktiva möglich, da dann die Gewinne realisiert werden.

Soweit zu der Bilanz. Zur Entwicklung der Organisationsstruktur und des Personal- und Sachaufwands nur wenige Anmerkungen.

Der anhaltende Rationalisierungs- und Konzentrationsprozess hat zu einer weiteren Anpassung des Zweiganstaltennetzes geführt.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Zweiganstalten allerdings nur um 2 gesunken, im 1. Quartal d. J. aber um weitere 10. Es ist vorgesehen, bis Ende d. J. weitere 5 Zweiganstalten zu schließen. Damit hätten wir dann 130 Zweiganstalten. Der Anpassungsprozess ist damit sicherlich noch nicht zum Ende gekommen.

Der Personalstand ist im Vergleich zum Vorjahr mit 15 905 Mitarbeitern nahezu unverändert. Der Personalaufwand ist im Jahr 1999 geringfügig um 7 Mio Euro auf 862 Mio Euro zurückgegangen.

Der Sachaufwand ist um 52 Mio Euro auf 290 Mio Euro gestiegen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte haben sich verringert (173 Mio Euro gegenüber 214 Mio Euro im Jahr 1998).

Die Ausgaben für den Notendruck haben um 38 Mio Euro auf 89 Mio Euro abgenommen. Der Grund hierfür war die rückläufige Liefermenge an DM-Banknoten einerseits und eine verzögerte Auslieferung von Euro-Banknoten andererseits. Da jetzt mit Hochdruck Euro-Banknoten gedruckt werden, sieht diese Position sicherlich in dem kommenden Jahresabschluss wieder anders aus.

Zur Organisation der Bundesbank will ich nur sagen, dass unsere Arbeit heute stark vom System der Europäischen Zentralbanken beeinflusst wird. Eine Änderung der Aufbauorganisation bzw. der Leitungsstruktur sowie ei-

ne Verschlankung sind sicherlich notwendig. Damit befasst sich gegenwärtig eine vom Bundesfinanzminister in Übereinstimmung mit den Länderfinanzministern eingesetzte Expertenkommission.

Ich hoffe, dass es über die künftige Struktur der Bundesbank, die allerdings erst zum 1. Januar 2003 in Kraft treten soll, bald mehr Klarheit gibt. Dabei ist es wichtig, die Effizienz und Flexibilität der Bundesbank zu stärken, damit sie sich gut in das Eurosystem einbringen kann. Bei der ganzen Diskussion sollte nicht übersehen werden, dass die Bundesbank für die Bevölkerung als ein Garant für die Stabilität ihrer Währung gilt.

Am Freitag nächster Woche wird Ihnen das Presseexemplar des gesamten Geschäftsberichts ausgeliefert, der insbesondere die Notenbankpolitik im abgelaufenen Jahr erläutert. Ein Auszug, der allerdings nur den Jahresabschluss beinhaltet, den ich eben erläutert habe, liegt aus.

Ich möchte noch erwähnen, dass der Zentralbankrat 1995 beschlossen hatte, für den Jahresabschluss 1996 eine der seinerzeitigen beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu wechseln und dies auch in Zukunft in regelmäßigen Abständen zu wiederholen. Maßgebend für diese Entscheidung sind nicht Zweifel an der Qualität der Prüfungen bei der Deutschen Bundesbank gewesen. Wir möchten jedoch aufgrund der Diskussion über die Jahresabschlussprüfungen auch ein Signal für die Öffentlichkeit geben, einen Wechsel von Prüfungsgesellschaften generell in Erwägung zu ziehen.

Die Prüfer für den Jahresabschluss werden vom Zentralbankrat im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof sowie unter Beteiligung europäischer Gremien bestellt.

Der Zentralbankrat hat beschlossen, für den Jahresabschluss 2000 unverändert die KPMG zu bestellen. Als neue Prüfungsgesellschaft wird Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG für die ausscheidende

PwC Deutsche Revision AG bestellt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle der Price Waterhouse Deutsche Revision AG, die insgesamt vier Jahrzehnte als Prüfer für die Deutsche Bundesbank agiert hat, recht herzlichen Dank sagen für die in dieser Zeit geleistete Arbeit.

Soweit zum Jahresabschluss. Vielleicht noch einige Bemerkungen zur Wirtschaftslage und zur Geldpolitik.

Die Weltwirtschaft hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres rascher als erwartet von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrisen erholt. Auch der Übergang in das Jahr 2000 wurde ohne die von mancher Seite befürchteten Computerprobleme bewältigt.

Vor diesem Hintergrund hat sich auch das Wachstum im Euro-Raum, der konjunkturell hinter Nordamerika herhinkte, wieder beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt 1999 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Währungsunion um 2,2 % und damit weitgehend im Einklang mit dem realen Produktionspotenzial. In diesem Jahr dürfte sich das Wachstum nach den vorliegenden Prognosen auf rd. 3 % verstärken. Dieses Expansionstempo könnte angesichts der kräftigen Binnennachfrage dann auch im nächsten Jahr anhalten.

Spürbar verbessert haben sich auch die Konjunkturperspektiven in Deutschland. Hier war die „Wachstumsdelle“ im vergangenen Jahr wegen unserer exponierten außenwirtschaftlichen Stellung und dem schwierigen Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft mit einem jahresdurchschnittlichen BIP-Anstieg von nur 1,5 % zwar recht deutlich ausgefallen. Innerhalb des EWU-Raums zählte Deutschland damit zu den konjunkturellen Nachzüglern.

Mit der Belebung der Auslandsnachfrage hat die Wirtschaftsaktivität nach der Jahresmitte 1999 aber auch in Deutschland an Schwung gewonnen. Nach den jüngsten Prognosen könnte die deutsche Wirtschaft in diesem

Jahr doppelt so stark wachsen wie 1999, also mit 3 %. Manche Analysten prognostizieren sogar etwas mehr als 3 %. Der Jahreswirtschaftsbericht geht von 2,5 % aus. Und damit kann das Wachstum dann auch zu dem Tempo der anderen EWU-Länder aufschließen. Entscheidend wird sein, wie rasch und stark sich die vom Export ausgehenden Impulse auf die inländische Nachfrage übertragen und sich eine eigenständige Dynamik entfaltet.

Insgesamt scheint die Erholung in Deutschland vergleichsweise gut fundiert. Neben der Auslandsnachfrage tragen auch der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen zum Wachstum bei; im Bausektor zeichnet sich eine gewisse Stabilisierung auf deutlich niedrigerem Niveau als in der Vergangenheit ab. Die konjunkturellen Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs hin. Die Zuversicht bei den Unternehmen und Verbrauchern hat sich zunehmend gefestigt. Und auch auf dem Arbeitsmarkt sind zumindest leichte Besserungstendenzen zu erkennen.

Gleichwohl gibt es noch etliche Probleme. Vor allem gilt das für den Aufholprozess in den neuen Bundesländern, der trotz bedeutender Fortschritte in verschiedenen Regionen und Sektoren ins Stocken geraten ist. Deshalb hat sich das Arbeitsmarktgefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern weiter vergrößert.

In Gesamtdeutschland ist die Arbeitslosigkeit trotz der erwähnten Besserungstendenzen mit einer Quote von derzeit 10 % immer noch inakzeptabel hoch, zumal ihr struktureller Kern nicht an Bedeutung verloren hat. Hier gibt es einen auffallenden Kontrast zur Klage über den Mangel an Facharbeitskräften. Es ist deshalb wichtig, dass die Situation genutzt wird und die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung auch durch richtige Weichenstellungen in der Finanz-, Wirtschafts-, Struktur- und Lohnpolitik dauerhaft verbessert werden. Denn die drängenden Probleme lassen sich in einer wachsenden Wirtschaft leichter lösen als unter ungünstigeren Situationen.

In der Finanzpolitik kann man durchaus sagen, dass mit der Haushaltskonsolidierung und der Steuerreform, die ja noch nicht verabschiedet ist, der richtige Weg eingeschlagen wird. Die Fortsetzung des Defizitabbaus ist aber notwendig, damit die Finanzpolitik auch mittelfristig handlungsfähig bleibt.

Das insgesamt freundliche Konjunkturbild wird etwas von den Preisrisiken überschattet. Nachdem sich die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1999 in Deutschland lediglich um 0,6 % erhöht haben, lagen sie im März d.J. um 1,9 % über ihrem Vorjahresniveau. Verantwortlich hierfür waren in erster Linie der drastisch gestiegene Ölpreis und der Wertverlust des Euro an den Devisenmärkten. Beide Effekte haben, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, die Einfuhrpreise des letzten Jahres in die Höhe getrieben und inzwischen auch die Verbraucherstufe erreicht.

Der heimische Preis- und Kostendruck war demgegenüber bisher gering. Auch ist davon auszugehen, dass sich die Vorjahresrate beim Preisindex für die Lebenshaltung aufgrund von Basiseffekten in den nächsten Monaten wieder etwas zurückbilden wird. Für den Preisbuckel spricht dann ferner auch der jüngste OPEC-Beschluss. Insoweit ist die Lage sicherlich nicht dramatisch.

Aber mit steigendem Wachstum und zunehmender Kapazitätsauslastung wächst auch die Gefahr, dass sich Preiserhöhungsspielräume eröffnen und auch genutzt werden.

Hinzu kommt, dass die Liquiditätsausstattung recht reichlich ist. Der Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge M3 in Höhe von 4 ½ % wurde seit Anfang 1999 durchweg überschritten. Im Durchschnitt der letzten drei Monate Dezember 1999 bis Februar 2000 betrug die 12-Monatsrate knapp 6 %. Die Kredite an Unternehmen und Private stiegen noch stärker an.

Auch wenn hier infolge des monetären Regimewechsels und der teilweise recht heterogenen Entwicklung in den einzelnen Ländern sowie statistischer Unsicherheiten eine vorsichtige Interpretation angezeigt ist, ändert das nichts an dieser grundsätzlichen Einschätzung einer recht reichlichen Liquiditätsausstattung.

Der EZB-Rat hat auf der Grundlage dieser Datenlage auf die erhöhten Preisrisiken frühzeitig reagiert und die Notenbankzinsen seit November 1999 vorsorglich und schrittweise um insgesamt einen Prozentpunkt angehoben. Mit 3 ½ % ist der Geldmarktleitzins nach wie vor recht niedrig. Die Finanzierungsbedingungen für die Wirtschaft sind weiter günstig. Somit stellt die Geldpolitik auch keine Bremse für das Wachstum dar.

Der EZB-Rat hat sich in seiner Zinspolitik an seinem geldpolitischen Konzept, an der so genannten 2-Säulen-Strategie, orientiert, die neben einer herausgehobenen Rolle der Geldmenge eine breit angelegte Analyse der Preisperspektiven umfasst.

Aus meiner Sicht möchte ich betonen, dass sich dieses Konzept des Eurosystems in den zinspolitischen Diskussionen bewährt hat. Es hat den Meinungsaustausch strukturiert und war zielführend im Entscheidungsprozess. Der EZB-Rat wird deshalb weiterhin neben der Geldmengenentwicklung die Preisperspektiven sorgfältig analysieren und wenn nötig einer Verfestigung der Inflationserwartungen entgegentreten.

In der jüngsten Zeit gab es bei den Preisrisiken zumindest partiell eine leichte Entspannung. Dies gilt einmal hinsichtlich der Ergebnisse der OPEC-Tagung von Ende März, die Ölfördermenge um 1,7 Mio Barrel pro Tag zu erhöhen, und damit einhergehend einen Rückgang der Notierungen an den Spotmärkten.

Zum anderen gilt dies hinsichtlich der Tarifabschlüsse in Deutschland, die stabilitätspolitisch nicht zu beanstanden sind. Von der zweijährigen Lauf-

zeit dieser Abschlüsse her gesehen kann man sogar sagen, dass sie auch ein hohes Maß an Vertrauen in die Stabilitätspolitik des Eurosystems widerspiegeln. Aber der EZB-Rat wird, wie Präsident Duisenberg vorige Woche auch erläutert hat, wachsam bleiben. Ich möchte aber auch hinzufügen, dass diese Tarifabschlüsse an der Situation der Arbeitslosigkeit wohl nur wenig verändern können.

Unbefriedigend bleibt die Wechselkursentwicklung. Dies ist zweifellos mehr als ein Schönheitsfehler in der bisherigen Erfolgsstory des Euro und des Eurosystems. Und es kann keine Rede davon sein, dass der EZB-Rat dem Wechselkurs gegenüber eine Haltung des „benign“ oder gar „malign neglect“ an den Tag legen würde. Wir beziehen den Wechselkurs im Rahmen der zweiten Säule der Strategie sehr wohl in unsere Überlegungen ein, und die anhaltende Unterbewertung erfüllt uns durchaus mit Sorge.

Wir gehen aber unverändert davon aus, dass der Euro angesichts seines hohen Maßes an innerer Stabilität ein beträchtliches Aufwertungspotenzial besitzt. Dies kam bisher wohl noch nicht zum Tragen. Es sollte sich angesichts der mittlerweile deutlich verbesserten Wachstumsperspektiven im Euro-Währungsgebiet aber allmählich stärker in einen Kursanstieg umsetzen. Der EZB-Rat kann zu einer solchen Entwicklung letztlich auch nur über eine glaubwürdige Stabilitätspolitik beitragen. Langfristig wird sich die interne Stabilität auch in einem stärkeren Außenwert niederschlagen.

Frage

Wie hoch wird der Jahresüberschuss der Bundesbank in den nächsten Jahren ausfallen?

Bundesbankpräsident Welteke

Das lässt sich heute natürlich noch nicht genau ermitteln. Das Ergebnis von 1999 dürfte aber eine untere Schwelle markieren. Wir haben eine Periode niedriger Zinsen hinter uns. Die Zinsen sind leicht angestiegen. Dies wird auch zu einem höheren Ertrag führen. Wir bemühen uns, auf der an-

deren Seite, auch die Kosten zu senken. Zudem haben wir auch Rückstellungen für das Verlustrisiko aus den übertragenen Währungsreserven an die EZB gebildet. Diese werden in einigen Jahren aufgelöst und sich dann als Gewinn niederschlagen.

Hartmann, MdD

Es hängt natürlich auch mit dem Wechselkurs des Euro im Verhältnis zum Dollar zusammen. Nachdem der Wechselkurs des Euro z. Z. relativ niedrig ist, kann man auch in dieser Beziehung davon ausgehen, dass sich künftig keine wesentlichen zusätzlichen Belastungen ergeben.

Frage

Wie hoch wäre der Jahresüberschuss für die Bundesbank mit der D-Mark ausgefallen? Anders gefragt: Wie teuer kommt den Steuerzahler die Einführung des Euro?

Bundesbankpräsident Welteke

Es ist gänzlich unmöglich, darüber zu spekulieren, wie hoch die Kosten für die Einführung des Euro sind. Dies sind zudem überwiegend Kosten, die nur einmalig anfallen. Diesen Kosten stehen durch die Einführung des Euro aber dauerhaft erhebliche Einsparungen, d. h. Erträge, gegenüber.

Frage

Auf dem kommenden Ecofin-Treffen wird auch eine weitere Übertragung von nationalen Währungsreserven auf die EZB beraten werden. Was bedeutet dies für die Deutsche Bundesbank? Um wie viel werden sich die eigenen Währungsreserven reduzieren?

Hartmann, MdD

Das hängt von den Beschlüssen ab. Die Bestände der Bundesbank sind jedenfalls groß genug, um eine Nachschusspflicht zu erfüllen, bei der es

nicht nur um Dollarbestände, sondern auch anteilig um Gold und einen kleinen Yen-Anteil geht.

Im übrigen entspricht unser Anteil am Gewinn der EZB genau unserem Kapitalanteil, und dieser ist wiederum die Basis für die Lieferpflicht von weiteren Währungsreserven. Deshalb kann sich u. U. ein Null-Summenspiel ergeben. Das hängt natürlich auch von weiteren Umständen wie der Kursentwicklung ab. Aber die Übertragung isoliert betrachtet würde dann keine wesentliche Verschlechterung unserer Ertragsposition ausmachen.

Frage

Plant die Bundesbank in diesem oder im nächsten Jahr Teile ihres Goldbestandes zu verkaufen?

Bundesbankpräsident Welteke

Wir wollen einen geringen Teil unseres Goldes gerne umwandeln in eine Gedenkmünze. Die dafür notwendige Gesetzesinitiative ist auf den Weg gebracht. Ob sie Erfolg haben wird, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen. Ansonsten aber gilt für uns die Vereinbarung der europäischen Zentralbanken, in den nächsten Jahren kein Gold zu veräußern. Wir haben dies zur Schonung der Marktsituation, aber auch im Interesse der eigenen Bilanz und vor allem auch im Interesse der goldexportierenden Länder vereinbart. Dabei handelt es sich um einige der ärmsten Länder der Welt, auf die wir Rücksicht nehmen. Wenn dieses Abkommen ausläuft, werden wir überlegen, ob wir dann auch selber Goldverkäufe anmelden. Es ist jetzt zu früh für Spekulationen.

Frage

Wie beurteilt die Bundesbank die geplante Fusion von Deutscher Bank und Dresdner Bank? Welche Auswirkungen hat dies für den Finanzplatz?

Bundesbankpräsident Welteke

Wir sind von beiden Banken gestern im Laufe des Nachmittags darüber informiert worden, dass die Fusion nicht mehr weiter verfolgt wird. Wir alle bedauern das, weil damit doch ein erheblicher Rückschritt verbunden ist und weil damit auch eine Imageschädigung für die beiden großen Banken und den Bankplatz einhergeht. Wir hoffen, dass es gelingt, dies möglichst schnell wieder auszugleichen.

Frage

Ist die Schwäche des Euro nicht darauf zurückzuführen, dass ständig die Erwartung steigender Zinsen für den Euro überwiegt?

Bundesbankpräsident Welteke

Ich persönlich halte es für angebracht, wenn wir die Erwartungen stabilisieren würden und nicht auf eine Änderung der Zinsen - ob nach oben oder nach unten - abzielen. Dies ist bisher allerdings aus unterschiedlichen Gründen und Erwägungen kein Allgemeingut im EZB-Rat.

Frage

Wird die europäische Geldpolitik auf dem Ecofin-Treffen wegen ihrer Zinspolitik in die Kritik geraten, da Wachstums- und Beschäftigungsziele möglicherweise vernachlässigt werden?

Bundesbankpräsident Welteke

Ich glaube nicht, dass es im Ecofin-Rat zu einer zinspolitischen Diskussion kommt. Das würde die Zuständigkeiten, die es dort gibt, verwischen. Es könnte der Eindruck entstehen, daß die Unabhängigkeit des EZB-Rates eingeschränkt würde.

Es wird auf dem Ecofin-Treffen in Lissabon sicherlich einen Austausch über die Wirtschaftsentwicklungen in Europa geben. Dieser Austausch wird sicherlich eine positive Erwartungshaltung zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung beinhalten. Es wird dort auch eine Diskussion geben, wie die Beschlüsse des Rates von Lissabon umzusetzen sind. Es wird wohl auch

über die Bankenaufsicht in Europa gesprochen werden. Es gibt von vielen Seiten die Überlegung, Europa müsste eine einheitliche Bankenaufsicht haben. Es wird sicherlich einen Meinungsaustausch über die IWF-Situation und seine weitere Entwicklung stattfinden. Es wäre hilfreich dabei, wenn die europäischen Staaten sich vor der kommenden IWF-Frühjahrstagung eine einheitliche Meinung bilden könnten.

Bundesbankvizepräsident Dr. Stark

Die Minister werden ohne die Zentralbank-Gouverneure auch einen Gedankenaustausch über Steuerthemen haben, und es wird auch eine Orientierungsdebatte über die wirtschaftspolitischen Leitlinien geben.

Frage

Was halten Sie von der gegenwärtigen Regelung der Sitzungsteilnahme bei dem anstehenden G7-Treffen?

Bundesbankpräsident Welteke

Die jetzige Regelung bei den G7-Treffen halte ich nicht für der Weisheit letzten Schluss. Es muss bei Gelegenheit noch einmal darüber gesprochen werden, ob es wirklich sinnvoll ist, dass die Notenbank-Gouverneure von Italien, Frankreich und Deutschland die Sitzung verlassen und der Präsident der Europäischen Zentralbank und der EU-Ratspräsident Platz nehmen, wenn es um Wechselkursfragen und um den weltwirtschaftlichen Ausblick geht. Danach, wenn Finanzmarktfragen in der Welt diskutiert werden, kommen die drei Notenbank-Gouverneure wieder dazu, während der EZB-Präsident und der EU-Ratspräsident den Raum verlassen.

M. E. sollte man festlegen, wer in welchem Teil der Sitzung spricht, an der dann aber alle Interessierten teilnehmen.

Frage

Inwieweit gibt es eine dauerhafte Verkleinerung des Direktoriums? Hat das Ausscheiden von Herrn Schieber etwas mit der Diskussion um das Schuldenmanagement zu tun?

Bundesbankpräsident Welteke

Erstens will ich darauf hinweisen, dass das Direktorium bereits um eine Position verkleinert ist. Die Position des ausgeschiedenen Herrn Schmidhuber ist nicht wieder besetzt worden. Wir haben gegenwärtig sieben Direktoriumsmitglieder.

Zweitens stellt sich die Frage, ob die Positionen, die durch das Ausscheiden von Herrn Hartmann und Herrn Schieber frei werden, wieder besetzt werden. Das entscheidet die Bundesregierung, die für die Besetzung des Direktoriums zuständig ist.

Die Frage, ob das Ausscheiden von Herrn Schieber mit dem Debt Management zu tun hat, möchte ich so beantworten: Als vor acht Jahren sein Vertrag abgeschlossen wurde, war es sicherlich nicht abzusehen, dass es bei seinem Vertragsende eine Diskussion über die Fiscal Agent Funktion der Bundesbank geben würde.

Frage

Gibt es bei Direktoriumsmitgliedern, die Präsidenten von Landeszentralbanken werden, eine gewisse Befangenheit in Bezug auf bestimmte, präferierte Optionen?

Schieber, MdD

Ich habe 28 Jahre in der Landeszentralbank in Baden-Württemberg verbracht, acht Jahre im Direktorium. Dass sich hier die Balance auch wieder einmal zurückneigt, kann man vielleicht verstehen. In Bezug auf „Optionen“ will ich nur sagen, dass ich eine ausgesprochene Neigung für vernünftige Lösungen habe, ob sie nun „Option 1“ oder „Option 2“ heißen. Ich freue

mich darauf, die Entscheidung der Politiker und des Gesetzgebers in Baden-Württemberg in vernünftiger Weise umzusetzen.

Frage

Wie sollte ein optimaler Schuldenmix aussehen, auch im Vergleich zum Ausland und im Hinblick auf die Benchmark-Funktion?

Bundesbankpräsident Welteke

Sie kennen unsere Position zu den Vorschlägen, das Schuldenmanagement in einer GmbH zusammenzufassen.

Ihre Frage bezieht sich auf die Risikoposition der Schuldenstruktur. Es gibt einen Finanzministerbeschluss der EU von Anfang Mai 1998, die Schuldenstruktur so zu gestalten, dass Zinsänderungen möglichst keinen Einfluss auf die öffentlichen Haushalte haben bzw. dieser Einfluss gemindert wird. Im übrigen verschuldet sich die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern relativ günstig. Sie hat Benchmark-Funktionen in vielen Bereichen. Ganz so schlecht kann es daher mit dem Schuldenmanagement in der Vergangenheit nicht gewesen sein. Wenn man im Rückblick jetzt feststellt, dass einige Zinszahlungen hätten vermieden werden können, muss man diesen die erzielbaren Benchmark-Gewinne gegenüberstellen. Im übrigen ist es für jeden einfacher, hinterher schlauer zu sein. Außerdem hat der Bund mit seinem großen Emissionsvolumen eine andere Schuldnerposition am Markt als kleinere Schuldner. Zu dem ganzen Thema sind wir mit dem Bundesfinanzministerium im Gespräch. Dem will ich in der Öffentlichkeit nicht vorgreifen.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Stark

Ich möchte auf europäische und internationale Entwicklungen hinweisen. Nach dem Beschluss der Finanzminister der EU von Anfang Mai 1998 ist in den europäischen Ländern – gerade auch in solchen mit einem hohen Schuldenstand und mit gleichzeitig sehr hoher kurzfristiger Verschuldung – die kurzfristige Verschuldung tendenziell deutlich abgebaut worden. Das

gilt für Italien und auch für andere Länder. In Europa haben wir also insgesamt eine Tendenz zu mittel- bis langfristiger Refinanzierung der Staaten.

Im übrigen hat sich das Forum für Finanzmarktstabilität in einer Arbeitsgruppe mit den Kapitalströmen und auch mit der Frage der Finanzierung der öffentlichen Haushalte befasst. In dem gestern veröffentlichten Bericht ist eine Empfehlung enthalten, sich von „short termism“ in Richtung mittel- und längerfristige Finanzierung der öffentlichen Hand zu bewegen. Das ist nicht nur ein Appell an die „emerging countries“, sondern auch ein Appell an die Industrieländer. Vor diesem Hintergrund wäre es kein zielführendes Signal der Industrieländer, genau das Gegenteil zu tun.

Schieber, MdD

Die Benchmark-Funktion, die deutsche Schuldtitel im Euroraum haben, ist wertvoll und kostensparend. Wenn sich der Bund im Durchschnitt im Vergleich zum Euroraum um 20 Basispunkte günstiger verschulden kann, dann macht dies insgesamt pro Jahr eine Ersparnis von 3 Milliarden D-Mark aus. Es wird ohnehin schwieriger, die Benchmark-Funktion auch in Zukunft zu behalten, weil wir ja in Deutschland wie auch in anderen Ländern eine abnehmende Nettoneuverschuldung des Staates haben. Dadurch wird es schwieriger, mit der Ausgabe von Staatsschuldtiteln Benchmark-Funktionen zuverlässig in allen Bereichen zu besetzen. Man muss also die Emissionen auf die Hauptlaufzeiten zwei, fünf, zehn und dreißig Jahre konzentrieren.

In den USA beobachten wir derzeit eine inverse Zinsstruktur und steigende Zinssätze. In einer solchen Situation ist eine kurzfristige Zinsposition außerordentlich teuer und nachteilig.

Herr Welteke hat schon zu Recht darauf hingewiesen, dass ein kleinerer oder privater Schuldner „market-taker“ ist, während ein großer Schuldner wie der Bund „market-maker“ ist. Wenn ein Benchmark-Inhaber sich auf der Zinsstrukturkurve anders positioniert, beeinflusst er den Markt so stark,

dass sich die Tür schließt, durch die er hinauszugehen versucht. Dieser Problematik muss man sich bewusst sein, wenn man im kurzfristigen Bereich Schuldtitel emittieren und kostengünstige, risikoarme Entscheidungen treffen will.